Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 9.—. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 9.70 m. Postbestellgeld. In Fällen von höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, außerhalb des Bezirks 45 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra. Name-Zeile ℳ 1.20 größeren Aufträge entsprech. Rabatt, der hinfällig wird, wenn der Mahnverfahren eingeleitet werden muß.

Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für teleph. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 95 | Neuenbürg, Montag den 26. April 1920 | 78. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 24. April. Der Wiederzusammentritt des Landtags ist nunmehr endgültig auf Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, festgesetzt. Auf der Tagesordnung steht die Anfrage der U. S. P. betreffend Rückgängigkeit militärischer Maßnahmen und Beachtung der in Berlin vereinbarten „9 Punkte", ferner Geschäftsordnungsfragen, sowie der 15. Nachtrag mit der Forderung von 20,4 Millionen Mark für Erwerbslosenfürsorge, Kriegswohlfahrtspflege u. a.

Stuttgart, 24. April. Der zuständige Unterausschuß der Württ. Sozialisierungskommission hat kürzlich zu den Anträgen der Vereinigung der Fideikommißgemeinden Stellung genommen. Er beschloß Grundlinien, auf denen der Gesetzentwurf über die Verwendung von Grundbesitz, insbesondere von Fideikommißbesitz für gemeinschaftliche Bedürfnisse im Rahmen des § 60 Abs. 1 der Verfassung aufgestellt werden kann.

Stuttgart, 24. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zur Durchführung der Entwaffnung im Industriegebiet sind württembergische Reichswehrformationen in Ueberlingen und Umgebung eingerückt. Im Ruhrtal wurden die Orte Neheim, Hüsten, Bruchhausen ebenfalls von Württembergern belegt. Bayerische und preußische Truppen sind mit der weiteren Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund mit Umgebung beauftragt. — Die bayerische Fliegerabteilung wird nach Schleißheim, die württembergische nach Böblingen abtransportiert.

Stuttgart, 24. April. Ein Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei Württembergs wird voraussichtlich Mitte nächster Woche in Stuttgart zusammenkommen, um zur Kandidatenfrage für den Reichstag Stellung zu nehmen. — In einer sozialdemokratischen Bezirkskonferenz in Marbach wurden als Kandidat für den Reichstag der bisherige Abg. Keil, als Landtagskandidat R. Mayer (Beilstein) vorgeschlagen.

Stuttgart, 24. April. Durch die Presse läuft die Notiz, daß infolge der Entscheidung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" ohne die Kaiserbriefe erscheinen werde. Diese Annahme trifft nicht zu. Der Cottasche Verlag hält nach wie vor daran fest, daß das politische Testament des Reichsgründers dem deutschen Volke unverkürzt und unverstümmelt bekanntgegeben werden müsse. Die Kaiserbriefe bilden keinen Anhang, sondern sind mit dem Text des ganzen Werkes organisch verwoben. Das Gericht hat, indem es die wenigen Kaiserbriefe urheberrechtlich schützte, Bismarck zum Schweigen verurteilt.

Frankfurt, 24. April. Von den am 7. April bei dem Zusammenstoß der Volksmenge mit den Franzosen verwundeten Personen sind noch zwei in den Krankenhäusern gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Getöteten auf acht. Außerdem wurde ein Mann von einem Auto tot gefahren.

Berlin, 24. April. In der gestrigen Funktionärversammlung der sozialdemokratischen Partei gelangte, nach den Abendblättern, eine Resolution Stampfer-Krüger zur Annahme, die die Benutzung der bevorstehenden Reichstagswahlen zur Schaffung einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit fordert, und sich unter Ablehnung jeder Diktatur zur Herbeiführung einer Einigung mit der U. S. P. D. auf dem Boden rein demokratischer sozialistischer Politik bereit erklärt. — Die „Freiheit" bemerkt dazu, der Verlauf der Konferenz bedeute keinen Sieg der Opposition.

Berlin, 24. April. Zu den über die Brigade Ehrhardt neuerdings verbreiteten Gerüchten erhält der „Lokalanzeiger" eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß Vertrauensleute der 2. Marinebrigade am 21. April nach Berlin gefahren sind, um über die Zustände in der Brigade zu berichten und gebeten haben, 1. den Kommandeur in seiner Stellung zu belassen unter der Zusicherung der Truppen, daß die Auflösung der Brigade nach den bisherigen Befehlen erfolge, 2. sichere Garantien, daß ein Haftbefehl gegen den Kommandeur während der Auflösungszeit nicht rechtskräftig sei. Die Abordnung erklärte, daß nur, wenn Ehrhardt die Auflösung leite, jedem Angehörigen sein Rechtsanspruch zuteil werden könne in der Brigade zu berichten und gebeten haben, 1. den Kommandeur in seiner Stellung zu belassen unter der Zusicherung der Truppen, daß die Auflösung der Brigade nach den bisherigen Befehlen erfolge, 2. sichere Garantien, daß ein Haftbefehl gegen den Kommandeur während der Auflösungszeit nicht rechtskräftig sei. Die Abordnung erklärte, daß nur, wenn Ehrhardt die Auflösung leite, jedem Angehörigen sein Rechtsanspruch zuteil werden könne. Weiter wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Truppen ihren Kommandeur bei einer etwaigen Verhaftung aus Treue und Anhänglichkeit mit der Waffe schützen werden. Dies sei keine Drohung, sondern lediglich nur eine Warnung gewesen.

Berlin, 24. April. Die Nationalversammlung hat den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Unabhängigen Broß an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Im Geschäftsordnungsausschuß war nämlich zu vorgerückter Stunde die beantragte Strafverfolgung des Broß abgelehnt worden. Dagegen hatten nun heute Deutsch-Demokraten und Zentrum protestiert. — Die deutsch-demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Gertrud Bäumer ist zur vortragenden Rätin im Reichsministerium des Innern ernannt worden. — Auch der Hauptmann Hahn vom persönlichen Stabe des Reichswehrministers ist beurlaubt worden. Der persönliche Stab des Reichswehrministers soll ganz aufgehoben werden. Irgendwelche Differenzen „sollen" bei der Beurlaubung nicht mitgespielt haben. Major v. Gilsa will auf Wunsch des Reichspräsidenten wieder einen Posten in der Reichswehr übernehmen.

Reichswehrminister Geßler über eine republikanische Kerntruppe und den Generalstreik.

Aus München wird gemeldet, daß sich Reichswehrminister Dr. Geßler über die Bildung einer republikanischen Kerntruppe folgendermaßen geäußert hat: Die Berliner Garnison ist nicht stark genug. Die Regierung muß jedoch imstande sein, nach besonders bedrohten Stellen eine starke und zuverlässige Truppenmacht zu werfen. Es besteht daher die Absicht, in der Nähe von Berlin eine Brigade aufzustellen, die bedingungslos bereit ist, dem Befehl der Regierung zu folgen, wenn die Verfassung in Gefahr ist. Gesinnungsschnüffelei wird im Heer nicht getrieben. Auch monarchistisch gesinnte Offiziere haben im Heer Platz, ebenso die republikanisch Gesinnten, wenn sie sich unter allen Umständen bereit erklären, für den Schutz der Verfassung einzutreten. Wer sich nicht zur Verfassung bekennt, der muß den Mut haben zu gehen. Wer ein öffentliches Amt ausübt, muß sich darüber klar sein, daß er seiner Unzufriedenheit nur auf verfassungsmäßigem Wege Ausdruck geben darf.

Er sagte ferner, daß der Kapp-Putsch technisch nicht schlecht vorbereitet aber psychologisch ein Wahnsinn gewesen sei. Nach dem Urteil von Sachverständigen war die Grundlage der Organisation der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet bereits vorhanden. Die Reichsregierung wußte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten, um von dort aus die ganze mitteleuropäische Kohlenversorgung zu regeln. Diese Absicht hatte Poincaree bereits in der „Revue des deux Mondes" ausgeführt. Die sozialistischen Reichsminister hatten erklärt, der Aufruf zum Generalstreik sei von unverantwortlicher Seite erfolgt. Die bürgerlichen Minister hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie das ganze deutsche Volk zur Abwehr des Kapp-Putsches aufrufen würden. Auch sie würden zum Generalstreik aufgerufen haben. Gegen die Arbeiterschaft könne in Deutschland nicht regiert werden. Doch müsse diese wissen, daß sie ohne die aufbauende Mitwirkung des Bürgertums verloren sei.

Um den 1. Mai.

Berlin, 24. April. Die Gewerkschaften fordern die staatlichen und kommunalen Beamten auf, am 1. Mai ihren Dienststellen fernzubleiben, auch dann, wenn der 1. Mai von der Nationalversammlung nicht als gesetzlicher Feiertag erklärt wird.

Berlin, 24. April. Die Arbeitgeberverbände Groß-Berlins haben sich dahin geeinigt, den am 1. Mai den Betrieben fernbleibenden Arbeitern und Angestellten keine Löhne zu zahlen.

Die deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 23. April. Auf eine Anfrage Dr. Düringer (D.V.) wegen Zollfreiheit von aus dem Elsaß eingetroffenen Baumwollwaren wird regierungsseitig geantwortet, daß die betr. Waren nach Beseitigung einer Unstimmigkeit mit der französischen Regierung nunmehr wieder zollfrei sind. Auf eine Anfrage Hoch (Soz.) wegen Regelung der Holzversorgung wird regierungsseitig geantwortet, daß die Regierung das Holzgeschäft überwache und mit den Zentralbehörden der Länder Vereinbarungen treffe. Auf einen Ausgleich zwischen den Ländern betr. das Brennholz wird besonderes Gewicht gelegt werden.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage. Ueber das Gesetz wird, weil es eine Verfassungsänderung bedeutet, namentlich abgestimmt. Es wird mit 290 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen.

Es folgt die 3. Beratung des Gesetzentwurfs betr. das Reichswahlgesetz. § 2 des Gesetzes wird mit geringer Mehrheit angenommen. (Die Ausübung des Wahlrechtes ruht für die Soldaten.) In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit 301 Stimmen angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes betreffend die Vereinigung Koburgs mit Bayern in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend das Land Thüringen. Die beiden Gesetzentwürfe werden in zweiter und dritter Beratung erledigt und dann in der Gesamtabstimmung namentlich angenommen. (Beifall.) Präsident Fehrenbach spricht im Namen der Nationalversammlung Thüringen, dem Herzen Deutschlands, das dem Hause in Weimar ans Herz gewachsen ist, die herzlichsten Wünsche für eine gedeihliche Entwicklung aus. Möge auch Koburg bei Bayern blühen und gedeihen. (Stürmischer Beifall.)

Der Gesetzentwurf für die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen usw. wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Abg. Bartschat (Dem.) begründet einen Antrag betreffend die Heraufsetzung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenversicherung. Die Regierung möge alsbald den Entwurf einer neuen Verordnung vorlegen. Abg. Molkenbuhr widerspricht dem Antrage. Abg. Behrens (D.N.): Die Verordnung, die der Antrag aufheben will, bringt eine ganz falsche Tendenz in die Versicherung. Die Verordnung führt zum Ruin der Kassen. Der sechste Ausschuß besteht aus Wirtschaftspolitikern, nicht aus Sozialpolitikern. Solche Verordnungen sollten im Siebenerausschuß beraten werden. Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.): Die Verordnung ist ein Schritt zur allgemeinen Volksversicherung. Abg. Most (D.V.) stimmt dem zu. Die Verordnung würde zur Sozialisierung des Aerztestandes führen. Der Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr: Vereinheitlichung der Eisenbahnen, Postgebühren u. a.

Ausland.

Prag, 24. April. Die Tschecho-Slowakei will den in Marienbad verhafteten sogenannten Räuberhauptmann Hölz an Deutschland ausliefern.

Stockholm, 24. April. Seitens der Regierung wurde entschieden, daß Dr. Kapp auf freien Fuß zu setzen sei unter der Bedingung, daß er keine Politik treibt oder politische Verbindungen unterhält. Der Polizeiminister und Polizeipräsident von Stockholm ist beauftragt, Dr. Kapps Aufenthaltsort zu bestimmen.

Paris, 24. April. Zum Urteil gegen Caillaux ist berichtigend nachzutragen, daß nach dem Spruch des Gerichts die Gefängnisstrafe für Caillaux durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Caillaux wird sich daher von heute ab auf freiem Fuß befinden. Er war bei der Urteilsverkündung nicht zugegen.

London, 24. April. Der Ausschuß für den Bau des Tunnels unter dem Kanal hat Lloyd George die Notwendigkeit dargelegt, den Bau des Tunnels rasch in Angriff zu nehmen, um das französisch-englische Bündnis zu befestigen und den europäischen Frieden zu sichern.

Der Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 24. April. Wie die Straßburger Blätter berichten, waren bis Freitag früh über 100 000 Arbeiter und Beamte in Elsaß-Lothringen ausständig. Die sozialistischen Blätter fordern auf, den Streik bis zur restlosen Erfüllung aller Forderungen, welche die unterdrückte Arbeiterschaft stelle, durchzuhalten. Auffallenderweise ergehen sich auch die bürgerlichen Zeitungen in schärfsten Angriffen nicht nur gegen die lothringischen Arbeitgeber, sondern auch gegen die Regierung, der sie zum Vorwurf machen, daß sie es an der geeigneten Vermittlungstätigkeit habe fehlen lassen. Die parteilosen „Straßburger Neuesten Nachrichten" schreiben wörtlich: „Wir müssen, nachdem die Regierung unser Land in fahrlässiger Weise in eine beispiellose Katastrophe gleiten ließ, fragen, wozu sie eigentlich vorhanden ist." Die „Republik" und die „Freie Presse" betonen, der Zeitpunkt sei gekommen, daß sich die Arbeiter vom Joch des Kapitalismus und des Militarismus befreien müßten.

Saarbrücken, 24. April. Wie berichtet wird, ist in Lothringen eine starke nationalistische Bewegung im Gange, die im Zusammenhang steht mit dem augenblicklich herrschenden Generalstreik. Die ganze Bewegung Elsaß-Lothringens um seine Selbständigkeit dürfte nach allen Anzeichen in ein entscheidendes Stadium getreten sein. Aus dem Inneren Frankreichs sind vorgestern und gestern große Truppenverstärkungen nach Lothringen abgegangen und teilweise bereits dort eingetroffen. Für den Fall von Unruhen ist der verschärfte Belagerungszustand angedroht. Wie der „Lyoner Progrès" aus Paris erfährt, hat der Kriegsminister die Zurückbehaltung der zur Entlassung gestellten Jahrgänge bis zum 31. Mai angeordnet.

Von der Konferenz in San Remo.

Haag, 24. April. Der „Matin" berichtet aus San Remo: Die Antwortnote auf die deutschen Noten wird am Samstag geprüft werden unter Mitarbeit des belgischen Ministers und in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters in Rom. Lloyd George erklärte einem amerikanischen Journalisten, daß er wohl von Deutschland die Ausführung des Friedensvertrags verlangen wolle, daß aber seiner Meinung nach Deutschland den Vertrag nicht verletzt oder gar bösen Willen bei der Durchführung seiner Verpflichtung gezeigt habe. Er halte die Bitte der deutschen Regierung, eine Armee von 200 000 Mann behalten zu dürfen, für begründet. In dieser Form werde auch die englische Auffassung Deutschland und Frankreich gegenüber lauten. Unter diesen Umständen gelinge Lloyd George Frankreich, allein vorzugehen.

Ein Pressevertreter fragte Lloyd George, was entstehen würde, wenn eine der alliierten Hauptmächte auf eigene Faust Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zur Ausführung des Friedensvertrages ergreifen würde. Lloyd George erklärte, ein solches eigenmächtiges und der Ansicht der verbündeten Staaten widersprechendes Verfahren hätte unvermeidlich die Auflösung der Entente zur Folge und könnte nur auf eigene Gefahr der betreffenden Macht unternommen werden.

Die Havas-Meldung gesteht, die materielle Niederlage Millerands in San Remo ein. Nur formell ist ihm die Konzession gemacht worden, daß die Verhandlungen mit deutschen Vertretern statt in San Remo in Brüssel, wohl im Anschluß an die Internationale Finanzkonferenz stattfinden sollen. Aber Verhandlungen mit den „Boches" hat Millerand doch zugestehen müssen.

Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" meldet aus San Remo, daß die Entsendung von Verbandstruppen in das Ruhrgebiet nicht diskutiert werde. Man werde Deutschland Zeit lassen bis zum 10. Juni, um alsdann auf den Stand in der neutralen Zone zurückzukommen, den der Friedensvertrag festsetzte. Das werde also bedeuten, daß die verlangte dreimonatige Verlängerung des Augustabkommens bewilligt werde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 26. April. Wer letztes Frühjahr hier im Ankersaal und anfangs dieses Jahres im Kronensaal zu Calmbach den Gesangsaufführungen des Gesang- und Musikvereins der Methodistengemeinde beiwohnte, wird sich freuen, zu hören, daß genannter Verein an den beiden kommenden Sonntagen wieder öffentlich auftreten und durch ein reichhaltiges, gut gewähltes Programm von Motetten, geistlichen Volksliedern und Arien, seinem Zwecke entsprechend, den Namen Gottes zu verherrlichen und das Evangelium Jesu Christi im Liede zu verkündigen suchen wird. Als Solistin hat die überall gern gehörte jugendliche Künstlerin, Fräulein Else Rücker (Sopran) aus Karlsruhe ihre Mitwirkung zugesagt. Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

Neuenbürg, 23. April. (Der Honigpreis.) Schon heute hört man von den bevorstehenden zu hohen Honigpreisen, bevor überhaupt der Imker weiß, daß er auch ernten kann. Man spricht von 15 Mark pro Pfund. Das ist freilich gegen den Friedenspreis das 12fache. Ein Preisverzeichnis für Bienengeräte belehrt die Imker, daß eine Beute statt 12 Mark heute 185—195 Mark kostet, ein Pfund Wachs statt 2 Mark 20 Mark und daß die sogenannten Mittelwände im freien Handel von 5 Mark das Kilo auf 50 Mark gestiegen sind. Also leben und leben lassen! Hoffen wir, daß es den Züchtern ermöglicht ist, recht viel von dem köstlichen Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen.

Neuenbürg, 23. April. (Der Obstgarten.) Nun gibt es im Obstgarten viel zu tun. Es ist die Zeit des Pfropfens da. Man

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nehme nur Reiser von erprobten Sorten und gesunden Bäumen. Besonderes Augenmerk richte man auf eingebürgerte Lokalsorten. Nicht vielerlei, aber gute und bewährte Sorten sollen ausgewählt werden. Die Formbäume müssen geschnitten werden. Wenn ein gesunder Obstbaum jedes Jahr blüht, aber keine Frucht ansetzt, dann muß er geschröpft werden. Mit wenig Längsschnitten in die Rinde sind schon die besten Erfolge erzielt worden. Die Spaliere müssen gegen Nachtfrost geschützt werden. Gegen Abend zudecken, morgens nicht zu früh aufdecken! Auch mit der Bekämpfung der Obstschädlinge soll begonnen werden. Zum Abscharren der Stämme und stärkeren Aeste ist es höchste Zeit. In neuen Obstanlagen muß der Bodenring immer offen gehalten werden.

Neuenbürg, 25. April. (Unsere Sibirier kommen.) Der deutschen Fürsorgekommission in Wladiwostok ist es gelungen, Schiffe für den Heimtransport der deutschen Gefangenen an der Ostküste Sibiriens zu mieten, sodaß mit der Heimkehr dieser Gefangenen in allernächster Zeit zu rechnen ist. Die Verhandlungen mit den Bolschewisten über den gegenseitigen Austausch sind gelungen. Dem ungehinderten Durchtransport durch Polen sollen gegenwärtig Verhandlungen die Wege ebnen. Der Heimtransport der übrigen, östlich des Baikalsees befindlichen Gefangenen erfolgt im Mai oder Juni durch drei japanische Dampfer. Ein Lebensmittiltransport zu Versorgung der Gefangenen geht in den nächsten Tagen von Deutschland nach Sowjetrußland ab.

Württemberg.

Calw, 25. April. (Tödlicher Unfall.) Der 44 Jahre alte verheiratete Bauer Jakob Mast von Sommenhardt hat bei der Arbeit an der Kreissäge so schwere Verletzungen erlitten, daß er ihnen im Bezirkskrankenhaus erlag.

Stuttgart, 24. April. (Keine Butter nach Berlin.) In der Presse war kürzlich verlangt worden, Württemberg soll als Gegenmaßnahme gegen unliebsame Verfügungen des Reichs in Ernährungssachen die Butterablieferung nach Berlin sperren. Von zuständiger Seite wird demgegenüber mitgeteilt, daß schon seit letzten Herbst keine Butter mehr aus Württemberg nach auswärts abgegeben wird.

Stuttgart, 25. April. (Zeitungsverlegertag.) Der Verein Württ. Zeitungsverleger hielt am Freitag, den 23. April in Stuttgart eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die, von über 70 Mitgliedern aus dem ganzen Lande und von Zeitungen aller Parteien besucht, unter dem Vorsitz von Dr. Wolf-Oberndorf zur Lage des Zeitungswesens Stellung nahm. Direktor Esser-Stuttgart legte in einem Vortrag die erschreckenden Zustände auf dem Papiergebiet dar, wobei er besonders geißelte, daß die Papierpreise den Zeitungsverlegern meistens erst nach mehreren Wochen mit rückwirkender Kraft bekannt würden und daß trotz monatelanger Bemühungen der Staat bis heute eine Verbilligung des Papierholzes nicht herbeigeführt habe, während die geradezu wucherischen Holzpreise nach wie vor aufrecht erhalten bleiben. Anstelle eines Papierpreises von 20 Pfennig für das Kilo in der Vorkriegszeit sei jetzt für den Monat April ein solcher von 3.65 Mk. getreten und schon wieder wären die Zeitungen mit neuen Preissteigerungen bedroht, wozu alsdann neben den vielfach heraufgesetzten Löhnen und Gehältern die neuen Postgebühren, die Preissteigerungen für Farbe und Materialien u. a. m. einen lebensgefährlichen Druck auf die Zeitungsunternehmungen ausübten. Auf Grund angestellter genauer Berechnungen wurde die Unmöglichkeit bewiesen, mit den bestehenden Bezugspreisen auch nur noch einen weiteren Monat auszukommen, weshalb die Versammlung ab 1. Mai im direkten Verkehr mit den Beziehern folgende Erhöhung beschloß: 1. die kleineren, weniger als sechsmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1.— Mark monatlich; 2. die sechsmal, jedoch im Höchstumfang von 26 Seiten wöchentlich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1.25 Mark monatlich; 3. alle übrigen, täglich erscheinenden Zeitungen wenigstens 1.50 Mark; 4. die zweimal erscheinenden Stuttgarter Zeitungen wenigstens 1.80 Mark monatlich. In der ungewöhnlich lebhaften Aussprache kam zum Ausdruck, daß es den Zeitungsverlegern überaus peinlich ist, in kurzen Abständen immer wieder an die Leserschaft mit neuen Veränderungen heranzutreten und daß die Hoffnung gehegt werden dürfte, nach Einführung der neuen Preissätze wenigstens eine längere Pause als bisher zu finden. — Ueber einen neuen Gesetzentwurf betr. die Amtsblattfrage bezw. die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in Württemberg referierte Kirchner-Göppingen als Vorsitzender des Anzeigenausschusses. Das auch weitere Kreise interessierende Gesetz, auf das noch zurückzukommen sein wird, soll in der nächsten Zeit dem württembergischen Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Die mehrstündigen Verhandlungen, in denen sich trotz aller Meinungsunterschiede ein ausgezeichneter kollegialer Geist zeigte, erbrachte in dieser Zeit bitterster Not mehr als je zuvor den Beweis der Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses unter den Zeitungsverlegern.

Besigheim, 25. April. (Drohende Zuckersperre.) Wenn das Ablieferungssoll an Eiern nicht alsbald restlos erfüllt wird, wird es dem Bezirk Besigheim mit der Zuckerversorgung ebenso gehen wie dem von Heilbronn.

Obertürkheim, 24. April. (Unheimlicher Fund.) Auf dem Friedhof war ein neugeborenes Kind, das 8 Tage gelebt hatte, beerdigt worden. Jetzt fand man den kleinen Leichnam auf dem wieder zugeworfenen Grabe. Wer das Kind ausgegraben hat und aus welchem Grund dies geschehen, ist, lt. Untert. Ztg., Gegenstand der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft, die sich der Sache angenommen hat.

Nürtingen, 24. April. (Mostwucher.) Wegen Ueberschreitung des Erzeugerhöchstpreises für Most und wegen Steuerhinterziehung wurde Schultheiß Knöll von Altdorf zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem erkannte das Schöffengericht auf Einziehung des Mucherertrages von 1324 Mark und auf eine Steuerstrafe von 2100 Mark.

Nürtingen, 25. April. (Steine statt Brot.) Gegen den 28 Jahre alten Bauern Christian Riempp von Unterensingen, der bei der Getreideablieferung im Januar 9 Säcke mit Sand und Steinen abgeliefert und über 20 Zentner Frucht und Mehl versteckt hatte, ist nunmehr Anklage wegen Betrugs und wegen Getreideverheimlichung erhoben worden. Er kommt am 7. Mai vor das hiesige Schöffengericht.

Biberach, 25. April. (Gefährliches Spielzeug.) Ein 12jähriger Bub in Mittelbiberach spielte mit einer Platzpatrone. Das gefährliche Spielzeug hat ihm an jeder Hand drei Finger abgerissen.

Waldsee, 24. April. (Gut pariert.) In einem Schloß des Oberlands werden für den demnächstigen Einzug des erbgräflichen Paares größere Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Eines Tages fragte der Bauinspektor den Lieferanten einer Marmorplatte, wieviel sie koste. Die Antwort lautete kurz: 3000 Mark. Das wollte dem für seine Herrschaft sorgenden gewissenhaften Baubeamten zu hoch erscheinen. Aber der Marmormensch zog seinen Hut herunter und sagte lakonisch in seinem Schweizer-Deutsch: Dea Chalbewisch kost dim Eid 120 Märkli; jetzt ziaget Se en Vergleich! — Die Rechnung wurde darauf bereitwilligst anerkannt.

Wurzach, 24. April. (Geringe Kauflust.) Bei der Nutzholzversteigerung der hiesigen Stadtpflege wurden im allgemeinen so niedrige Angebote gemacht, daß sich die Verkäuferin genötigt sah, zu diesen Angeboten das Holz nicht abzugeben. Es wird ein neuer Verkauf angesetzt werden.

Vom Oberland, 25. April. (Wie du mir, so ich dir!) Es ist allerdings schon etwas lange her, da gab der Oberamtsrichter einen Erlaß an die Schultheißenämter hinaus. Wie bei manchem Beamten, so war auch die Schrift dieses Herrn nicht gerade prima. Ein Nachsatz, den der Richter höchst eigenhändig dazu geschrieben hatte, konnte ein Ortsvorsteher beim besten Willen nicht enträtseln. So sandte er das Schriftstück zurück und bat um Aufklärung. Aber der Oberamtsrichter schickte es wieder hin und fügte hinzu, der Ortsgewaltige solle es sich vom Pfarrer oder Lehrer entziffern lassen. Ein paar Tage drauf kam das Schreiben nochmals ans Amtsgericht mit dem Bemerken: sämtliche Schriftgelehrten in ganz D. können mit gutem und bestem Willen so ein Geschreibsel nicht entziffern. Schultheißenamt gez. H.

Andauernde Papierpreiserhöhung.

Am Donnerstag, den 22. April, sind die Zeitungsverlage endlich in den Besitz der den Papierpreis für den Monat April regelnden Mitteilung gekommen. Bis jetzt wurde das im April verdruckte Zeitungspapier ohne Ausstellung einer Rechnung geliefert. Natürlich ist das Papier für den Monat April wieder um so viel teurer, als es in früheren Zeiten überhaupt gekostet hat. Damit hat der Papierpreis die achtzehnfache Höhe gegenüber dem Vorkriegspreis erreicht. Im Mai sind weitere Steigerungen zu befürchten. Alle Berechnungen werden bei solchen Zuständen über den Haufen geworfen und es ist unausbleiblich, daß bereits am 1. Mai bei allen deutschen Zeitungen weitere Erhöhungen der Bezugspreise eintreten. Wann wird endlich der wohlwollend geduldete Holzwucher aufhören oder wenigstens eine Verbilligung des Papierholzes durch den Staat angeordnet? — —

Baden.

Mannheim, 23. April. Zu der Angelegenheit des Ankaufs verdorbener Fleischkonserven durch die Stadt von der Firma Huttanus schreibt der Stadtratsbericht: „Die Bestellung war auf Grund von Proben erfolgt, welche durch Sachverständige als gut und preiswert befunden wurden. Stadtrat Brück ist als Mitglied der Lebensmittelamtskommission beauftragt gewesen, die Uebernahme ab Fabrik zu überwachen und die Bezahlung zu regeln. Bei Ankunft der Ware in Mannheim zeigte sich, daß die Konserven statt Rindfleisch Pferdefleisch enthielten; Stichproben ergaben überdies, daß die Konserven teilweise auch von schlechter Beschaffenheit oder nicht ganz einwandfrei waren. Die Sendung wurde daher zur Verfügung gestellt, die Firma Huttanus hat die Pflicht zur Zurücknahme anerkannt und einen Teil des Kaufpreises bereits zurückerstattet. Die Firma hatte Ware in großer Menge beigeladen, die nicht bestellt und nicht bezahlt war. Auch diese Ware wurde nicht angenommen." Die Firma Huttanus veröffentlicht eine Berichtigung gegenüber den Behauptungen der „Volksstimme", worin sie angibt, daß der Stadt ein Schaden nicht entstehen wird. Die Firma habe die ganze Lieferung anstandslos zurückgenommen, an der mangelhaften Qualität treffe sie keine Schuld, sie halte sich an den Erzeuger. Weder Stadtrat Brück noch irgend ein anderer Stadtrat oder Stadtverordneter der U.S.P. sei an der Sache im geringsten beteiligt. Auch Stadtrat Brück veröffentlicht eine Erklärung, wonach er nicht die Geschäftsverbindung der Firma Huttanus mit der Stadtgemeinde vermittelt habe.

Konstanz, 24. April. Wegen räuberischer Erpressung stand der 21jährige, ledige Dienstknecht Emil Kritzer aus Allmenshofen vor dem Schwurgericht. Er war auf einem allein stehenden Hof eingeschlichen und hatte unter Drohungen mit Totschlag Geld und Lebensmittel erpreßt. Der Bursche erhielt 4 Jahre Gefängnis.

Vom Bodensee, 25. April. Das Schwurgericht in Konstanz hat den 27 Jahre alten Flaschner Paul Gutemann aus Markdorf zu 10 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er am 8. Februar den Kaufmann Johann Maurer in Markdorf auf Anstiften von dessen Ehefrau erschlagen hatte. Frau Maurer, die mit Gutemann ein Liebesverhältnis unterhielt, wie sie es schon mit manchem anderen, so auch mit einem Stiefsohn gehabt hatte, wurde wegen Anstiftung zum Totschlag mit mildernden Umständen — auch der Erschlagene war ein höchst übler Ehemann gewesen — zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vermischtes.

Braunschweig, 24. April. Eine allgemeine Wirtevers[ammlung] hat gestern angesichts der am Montag, den 26. April eintretenden 100prozentigen Bierpreiserhöhung den Bierstreik beschlossen.

Unsere ausgelieferten Lokomotiven. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten stellte kürzlich fest, daß Deutschland zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen 2083 Lokomotiven abgeliefert hat. Frankreich hat davon 697 an die anderen Alliierten abgegeben.

Das Ergebnis eines Kettenhandels. Die Verhaftung von vier Weinkommissären von Neustadt und Mußbach in der Pfalz wegen Kettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn verhafteten Weinkommissionäre und wurde schließlich als Ungsteiner für 12 000 Mark das Fuder dem ersten Besitzer wiederverkauft, ohne daß er den Keller des ersten Verkäufers verlassen hatte. Dieser war dann sehr erstaunt, als er nach Abschluß des Kaufs erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungsteiner Wein als Oberländer Wein in seinem eigenen Keller lege.

Warnung vor Ankauf von Kriegsanleihe. Zahlreiche Firmen erbieten sich in Zeitungsanzeigen zum Ankauf von Kriegsanleihen und anderen Wertpapieren zu einem Kurs, der den börsenmäßigen weit übersteigt. Da es gänzlich ausgeschlossen ist, daß derartige Firmen einen höheren Preis zahlen als die Reichsbank, private Bankgeschäfte und Genossenschaften, so können die Angebote nur auf Täuschung unerfahrener Kreise berechnet sein. Es ist auch bekannt geworden, daß Personen, die sich auf die Anzeigen hin meldeten, in bar ein niedrigerer Kaufpreis angeboten wurde, als er z. B. bei der Reichsbank läge ist, und der Rest in wertlosen Schuldscheinen und Wechseln. Aus diesem Grunde scheint es geboten, die Inhaber von Kriegsanleihestücken, die diese zu verkaufen gezwungen sind, vor derartigen zweifelhaften Firmen, die in der Regel nur über geringe Geldmittel verfügen, dringend zu warnen.

Zu 6 Monaten Schwiegermutter verurteilt. Auf ein raffiniertes Mittel des Strafvollzugs ist angeblich ein amerikanischer Richter verfallen, der nach dem Grundsatz, daß man an dem gestraft werden müsse, woran man gesündigt hat, einen der Doppelehe überführten Angeklagten zu der grausamen Strafe verurteilte, sechs Monate mit den beiden Schwiegermüttern zusammenzuleben und deren Unterhalt zu bestreiten. Der Verurteilte brach, wie amerikanische Blätter ganz ernsthaft melden, nach der Verkündigung des Urteils vernichtet zusammen und bat flehentlich, ihn lieber auf unbestimmte Zeit ins Zuchthaus zu schicken, ihn dort in harte Fesseln

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill.

18] (Nachdruck verboten.)

„Du erwartest also, daß ich dem Doktor Odemar das Haus verbiete, und daß ich ihm bedeute, sein Verkehr mit meiner Tochter müsse ein Ende haben?"

„Jawohl, das ist es, was ich als etwas Selbstverständliches erwarte. Ich habe natürlich kein Recht, dir irgendwelche Vorschriften zu machen. Aber wenn ich das morgige Fest als mir zu Ehren veranstaltet ansehen soll, habe ich wohl auch das Recht, gegen die Anwesenheit eines Gastes zu protestieren, dem ich unter keinen Umständen zu begegnen wünsche. Da er trotz unserer heutigen Auseinandersetzung möglicherweise die Dreistigkeit hätte, zu kommen, wird es nötig sein, ihn durch ein Billett, das er schon morgen früh erhält, darüber aufzuklären, daß seine Anwesenheit weder morgen noch an irgendeinem anderen Tage erwünscht ist."

Das Gesicht des alten Grafen hatte sich immer mehr verfinstert.

„Ich möchte beinahe wünschen, daß ich dich in jener Nacht dein Werk an meinem Geldschrank ungehindert hätte vollenden lassen," sagte er mit hervorbrechender Bitterkeit. „Jedenfalls hast du ein erstaunliches Talent, mich in die peinlichsten Situationen zu bringen. Weißt du auch, daß dein Oheim, der Major Brandenfels, soeben hier bei mir war, um sich in sehr scharfen Worten über dich zu beklagen und um darauf zu bestehen, daß du den Doktor Odemar wegen der Szene von heute abend in aller Form um Entschuldigung bittest? Du solltest dich verpflichten, Edith hinfort in Ruhe zu lassen und dich weder um ihr Verhalten noch um ihre Bekanntschaften zu kümmern."

Es war nicht zu erkennen, welche Wirkung diese Mitteilung auf den jungen Grafen hervorbrachte. Erst hatte es allerdings so ausgesehen, als ob ihm ein heftiges Wort auf den Lippen läge; dann aber besann er sich jedenfalls anders und fragte auffallend ruhig:

„Du sagst, er hätte darauf bestanden?"

„Ja. Und er verstieg sich sogar bis zu einer Drohung, die allem Anschein nach recht ernsthaft gemeint war."

„Zu welcher Drohung, Papa?"

„Er erklärte, daß er im Fall deiner Weigerung dem Doktor Odemar erzählen würde, unter welchen Umständen ich dich hier im Schlosse als meinen Sohn wiedererkannt hätte. Und er hat uns in aller Form eine Frist von achtundvierzig Stunden gestellt, innerhalb deren die Sache durch eine Entschuldigung und durch dein festes Versprechen für die Zukunft aus der Welt geschafft sein müßte. Ich wurde nicht recht klug daraus, was das alles zu bedeuten hätte. Jedenfalls ist mit dem Major während der letzten Stunden eine sehr merkwürdige Veränderung vorgegangen. Aus dem Samthandschuh, den er bis jetzt getragen, schien plötzlich eine eiserne Hand zum Vorschein zu kommen."

Rolf antwortete nicht sogleich. Nachdenklich betrachtete er die Asche der Zigarre, die er sehr ungeniert mit in das Zimmer seines Vaters gebracht hatte. Aber als er endlich zu sprechen begann, hatte seine Stimme wieder einen sehr zuversichtlichen Klang.

„Du darfst dich dadurch nicht verblüffen lassen, Papa! Mein guter Onkel hat zuweilen derartige Anwandlungen, die indessen ganz und gar nichts zu bedeuten haben. Ich weiß sehr gut, wie man ihn in solchen Fällen behandeln muß, und ich verbürge mich dafür, daß nicht das geringste von ihm zu fürchten ist. Auf keinen Fall denkt er daran, seine abenteuerliche Drohung zur Ausführung zu bringen. Er würde damit sich selbst ja nicht weniger bloßstellen als dich und mich. Und er hat nicht die mindeste Veranlassung, ohne Not einen großen Skandal heraufzubeschwören. Ueberlaß es ruhig mir, mich mit ihm auseinanderzusetzen. Und tu mir den Gefallen, gleich jetzt den Absagebrief an diesen Doktor Odemar zu schreiben. Wenn du ihn mir übergeben willst, so werde ich Sorge tragen, daß er ihn im geeigneten Augenblick erhält."

„Bist du in bezug auf den Major deiner Sache wirklich so sicher?" fragte Graf Rüdiger zweifelnd, und Rolf bejahte mit einer Entschiedenheit, die sich wohl auf sehr triftige Gründe stützen mußte. Da erhob der Schloßherr keine weiteren Einwendungen mehr und ging zu dem Schreibtisch, um ein paar Zeilen auf einen Briefbogen zu werfen. Das Verlangen seines Sohnes mochte ihm ja an und für sich als ein vollkommen berechtigtes erscheinen, denn auch er hegte nach allem, was er da über die Beziehungen Ediths zu diesem bürgerlichen und nach seinen Begriffen völlig unbemittelten Schriftsteller gehört hatte, den dringenden Wunsch, rechtzeitig einer weiteren Entwicklung dieses Liebesidylls vorzubeugen. Und die sonderbare Einmischung des Majors, die sein Selbstgefühl empfindlich verletzt hatte, mußte ihn noch geneigter machen, dem Drängen seines Sohnes nachzugeben.

Er faltete den Brief zusammen und steckte ihn in einen Umschlag, den er — ohne ihn zu verschließen — Rolf übergab.

„Tu damit, was du für gut hältst," sagte er. „Ich erwarte nur, daß du alles vermeidest, was etwa zu standalösen Auftritten führen könnte. Und nun für heute nichts weiter von diesen unerquicklichen Dingen! Ich bin müde und wünsche meine Ruhe zu haben. — Gute Nacht!"

Rolf erwiderte den Gruß mit einer ehrerbietigen Verbeugung, aber er hatte es nach dem Fortgange seines Vaters nicht besonders eilig, das Zimmer ebenfalls zu verlassen.

Vielmehr ließ er sich in den Klubsessel nieder, den vorhin der alte Graf innegehabt, und gab, in dichte Tabakswolken eingehüllt, seinen Gedanken Audienz. Zweimal nahm er den Brief aus dem Umschlage und las ihn mit zustimmendem Kopfnicken vom ersten bis zum letzten Wort. Dann stützte er das Kinn in die Hand und starrte unverwandt vor sich hin. Wenn es bestimmte Pläne waren, die sich hinter seiner niedrigen Stirn zur Reife entwickelten, so konnten es, nach dem Ausdruck seines Gesichts zu urteilen, nur Pläne von übelster Art sein. Als er sich erhob, war der Anbruch des jungen Tages nicht mehr allzu fern, und nie hatte sich die Brutalität und Verworfenheit seines Charakters deutlicher in seinen Zügen gespiegelt als jetzt, wo ein fester und unwiderruflicher Entschluß seine Seele ganz zu erfüllen schien.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zu legen und bei Wasser und Brot in Einzelhaft zu halten. Aber der Richter blieb unerbittlich und entließ den Gebrochenen in die Hölle der beiden Schwiegermütter. — Wenn die Geschichte nicht wahr ist, rührt sie zweifellos von einem her, der unter Schwiegermutterverfolgungswahnsinn leidet.

Was der Auswanderer wissen muß!

(Mitteilungen der Auswandererberatungsstelle des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart.)

Bei den Anfragen über die südamerikanischen Länder begegnet uns häufig die Frage, wie weit Waffen mitzunehmen praktisch und möglich ist. Da in den südamerikanischen Staaten auf Waffen ein ziemlich hoher Zoll steht, so ist die Mitnahme höchstens eines Jagdgewehres anzuraten. Die Mitnahme von richtigen Patronen erfordert ebenfalls sehr hohe Zollkosten, so daß der Auswanderer besser tut, sich nur mit den passenden Flügeln zu versehen, welche er drüben zu Patronen verarbeiten kann.

Was die Mitnahme eines Revolvers betrifft, so erscheint die Mitteilung eines Freundes des Ev. Hauptvereins Witzenhausen beachtenswert: Nicht ratsam ist die Mitnahme eines Revolvers. Denn der Einwanderer oder Arbeitsuchende kann jeden Augenblick von einem Polizisten fisiiert werden. Das erste ist dann die Untersuchung nach Waffen. Und eine vorgefundene Schußwaffe verdächtigt den Jäger. Sicher wandert sie aber auch ohne Verdächtigungsgrund in den Besitz der Polizei über. Ein Revolver ist tatsächlich auch nicht nötig in den kultivierten Gegenden. Da wo einer nötig ist, im wilden Chaco bis Nordens gegen die Indianer oder die zu den Indianern flüchtenden Verbrecher, oder in der Einsamkeit zum Schutz gegen nächtliche Einbrecher, wird der Revolver dem Beauftragten von seinem Arbeitgeber in die Hand gegeben.

Nicht genug kann betont werden, daß die Kenntnis der Landessprachen in Südamerika dringendes Erfordernis ist. Wer nicht mit eigenem Kapital in den teueren südamerikanischen Städten längere Zeit leben kann, muß darauf bedacht sein, schnell eine Anstellung zu finden. Das ist aber nur möglich, wenn er die Landessprache spricht. Manche Hilflosigkeit und manches Elend läßt sich vermeiden, wenn man sich rechtzeitig um Sprachkenntnisse bemüht.

Auffallend ist, welche falschen Vorstellungen unter den Auswanderungswilligen über die Lebensverhältnisse in Südamerika herrschen. Auch solche, die schon draußen waren, stehen in Gefahr, die heutigen Verhältnisse mit denen vor 20 Jahren zu verwechseln. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Teuerung in fast allen außerdeutschen Ländern noch weit größer ist als in Deutschland. Eine Unterschätzung dieser Teuerung muß den einzelnen teuer zu stehen kommen, zumal es Arbeitslosenunterstützung, Invalidenversicherung und dergleichen draußen nicht gibt und etwaige Zuwendungen aus Deutschland durch die Valuta fast unmöglich sind.

Wie stark die Auswanderung bereits Mode geworden ist, geht aus den Anfragen junger Burschen hervor, welche mit allgemeinen Fragen zu uns kommen, obwohl sie in gutbezahlten festen Stellungen sind. Sie äußern die Meinung, daß die jungen Leute heute zur Auswanderung „petschiert" sein müssen und möchten mit ihrem Auswanderungsplan sich daran halten, um nicht die letzten zu sein. Die Auswanderungsfrage ist unter der Jugend hervorragender Gesprächsstoff. Die nüchterne Ueberlegung kommt dabei meist zu kurz. Welche gewaltigen Strapazen, Entbehrungen und Gefahren gerade nach dem Zusammenbruch Deutschlands die Auswanderung für den einzelnen mit sich bringt, ist noch viel zu wenig bekannt. Erfahrungsgemäß sind junge Leute im Alter von unter 24 Jahren diesen Strapazen nur gewachsen, wenn sie Sprachkenntnisse besitzen oder wenn ihnen eine feste Anlehnung an eine zuverlässige Persönlichkeit gewährleistet ist. So tüchtig an einzelne auch sein mag, er soll nie vergessen, daß der Haß gegen alles Deutsche künstlich in der Welt genährt wird, ein Haß, gegen den auch noch so große persönliche Tüchtigkeit nichts auszurichten vermag.

Hie und da kommen bei der Auswandererberatung noch Beziehungen zur Geltung, welche während des Feldzuges im Osten angeknüpft worden sind. Außer für Rußland erwacht auch das Interesse für Litauen aufs neue. Leider ist die Einreise nach Litauen für Deutsche zurzeit noch sehr erschwert. Die litauische Regierung hat die Einreise sämtlicher in Litauen befindlicher deutschen Staatsangehörigen, die in der Zeit der Besetzung Litauens der dortigen deutschen Besatzungsarmee oder der deutschen Militär- oder Zivilverwaltung angehört haben, verboten. Deutsche, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, müssen in ihrem eigenen Interesse vor der Einreise nach Litauen gewarnt werden, selbst dann, wenn sie die Einreiseerlaubnis ausnahmsweise erhalten sollten. Sogar eingesessene Deutsch-Litauer, die von deutschen Militär- und Zivilpersonen zu Aushilfsdiensten verwendet wurden, sind seitens ihrer litauischen Umgebung gefährdet. Es muß damit gerechnet werden, daß sich die Ausweisungen abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen, auf alle Deutschen, die sich nach Ausbruch des Krieges in Litauen niedergelassen haben, erstrecken werden.

Neueste Nachrichten.

Ehingen, 25. April. Auf einer Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei wurde einstimmig beschlossen, dem Oberamtsrichter Landgerichtsrat Breucha die Kandidatur für den Bezirk anzutragen. Breucha antwortete nicht ablehnend; wenn seine Kandidatur unterstützt werde, werde auch sein Jawort erfolgen. Die nächste Bezirksversammlung der Partei hat darüber zu entscheiden. Da auch Strömungen für die Kandidatur eines Landwirts im Bezirk vorhanden sind, soll erst noch Fühlung mit dem Schwäb. Bauernverein und dem Landwirtsch. Bezirksverein genommen werden.

Frankfurt a. M., 24. April. Der Chemiker Dr. Hugo Huetz aus München wurde vom französischen Kriegsgericht zu 13 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er am 7. April eine französische Militärperson bedroht haben soll. Dasselbe Gericht hat den Arzt Dr. Euler wegen angeblicher Beleidigung und Bedrohung einer französischen Schildwache zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Frankfurt a. M., 26. April. Die Kriminalpolizei nahm gestern den Führer der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Ernst König aus Düsseldorf, in Schutzhaft. Wie sich herausstellte, hat sich der Festgenommene den Namen König fälschlich beigelegt. In Wirklichkeit heißt er Minster und ist mit dem bekannten Kommunisten aus Duisburg, Hamborn, identisch.

Berlin, 25. April. Wie die Morgenblätter melden, hat der mehrheitssozialistische Abg. Dr. Quarck den Vorsitz im parlamentarischen Untersuchungsausschuß niedergelegt, weil sein Vorschlag, die Herren von Bethmann Hollweg, von Jagow und Dr. Zimmermann in den drei Tagen nach Schluß des Parlaments mündlich über die Schuldfragen zu vernehmen, im Ausschuß nicht durchgedrungen ist.

Amsterdam, 24. April. Laut Allgemeen Handelsblad liegt bei den holländischen Stellen ein Bericht vor, der darauf schließen läßt, daß die alarmierenden Mitteilungen über ein Verbot der Kohlenlieferungen von Deutschland an Holland den Tatsachen entsprechen.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung des „Temps" haben die gewerkschaftlichen Arbeiter Straßburgs heftig gegen die Anwesenheit einer marokkanischen Division protestiert, derselben, die aus Frankreich zurückgezogen wurde. Nach Meldungen aus Metz ist der Eisenbahnerstreik in Lothringen allgemein. Die Züge nach Paris über Nancy gehen nur über Pagny-sur-Moselle.

Paris, 25. April. Wie die Morgenblätter melden, ist Caillaux der Aufenthalt in den Departements Seine und Seine et Oise, im Elsaß, in den französischen Kolonien und in einer ganzen Reihe anderer Ortschaften von strategischer Bedeutung verboten worden.

London, 24. April. Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe „Oldenburg" und „Posen" sind als Ersatz für die in Scapa Flow versenkten deutschen Schiffe abgeliefert worden. Sie sind heute im Firth of Forth eingetroffen. — Churchill erklärte im Unterhaus, daß sich noch 12000 (?) kriegsbrauchbare Flugzeuge in Deutschland befänden, deren Auslieferung gegenwärtig im Gange sei. Die Alliierten verständigten sich über die Frage ihrer Vernichtung.

Wladiwostok, 25. April. Zwischen den Japanern und den Russen haben in Sibirien blutige Kämpfe stattgefunden. Zwischen dem japanischen Oberkommandanten und der russischen Regierung ist am 17. April in Wladiwostok ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet worden.

Anträge zur Ernährungsfrage.

Stuttgart, 24. April. Der Landtag wolle beschließen: 1. Der Landtag billigt die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung von Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Fett und Milch zwecks gleichmäßiger Versorgung aller Volkskreise, solange die Beschaffung der durch die einheimische Ernte nicht gedeckten Mengen des Bedarfs an notwendigen Lebensmitteln im Ausland zu einem für alle Schichten der Bevölkerung erträglichen Preise unmöglich ist. Mit der Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier im laufenden Wirtschaftsjahr ist der Landtag einverstanden. — 2. Der Landtag ersucht jedoch das Staatsministerium 1. mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß a) der allmähliche Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung durch eine planmäßige Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere durch ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit Kraftfutter und Kunstdüngemitteln zu nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln ermäßigten Preisen sowie durch Bereitstellung einer genügenden Zahl von geeigneten Arbeitskräften angebahnt wird, b) für die der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Anhörung von Vertretern der Erzeuger und der Verbraucher Preise festgesetzt werden, die den gesteigerten Erzeugungskosten voll Rechnung tragen und einen den gesunkenen Geldwert ausreichend berücksichtigenden angemessenen Verdienst gewährleisten, c) den Selbstversorgern ausreichende Rationen zugestanden werden. 2. Vorkehrungen dahin zu treffen, daß a) die volle Erfüllung der Lieferungspflichtigen gesichert, von Zwangsmaßnahmen aber nur gegen schuldhaft säumige Lieferungspflichtige Gebrauch gemacht wird, b) landwirtschaftlichen Vereinigungen, die sich zur Uebernahme der vollen Haftung bereit erklären, auf Wunsch unter Aufsicht der zuständigen Landesbehörden die Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung, insbesondere die Erfassung, übertragen werden kann, c) Verträge zwischen Erzeugergemeinden oder Vereinigungen und Bedarfsgemeinden, Händler- oder Verbrauchervereinigungen über Lieferung öffentlich bewirtschafteter Lebensmittel nur mit Genehmigung der zuständigen Landesbehörden abgeschlossen werden dürfen. 3. Dahin zu wirken; daß die Beschaffung, der von der Landwirtschaft benötigten Bedarfsgegenstände tunlichst zu angemessenen Preisen ermöglicht wird. — 3. Das Staatsministerium zu ersuchen, bei den zuständigen Reichsstellen dahin zu wirken, daß 1. a) eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Einmachzucker durchgeführt, b) der württembergischen Bevölkerung anstatt von Marmelade die entsprechende Menge zugewiesen, c) nötigenfalls im Interesse der besseren und gleichmäßigeren Versorgung der Bevölkerung mit Zucker die Belieferung der Bonbons- und Schokoladeindustrie mit Zucker gekürzt oder vorübergehend eingestellt wird. 2. Zur Herstellung von Malzkaffee eine entsprechende Menge Gerste freigegeben wird. — 4. Durch diesen Beschluß und durch die Erklärung der Regierung, die übrigen Anträge für erledigt zu erklären. — Auch die Unabhängigen haben diesen Antrag mitunterzeichnet.

Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront in Oberschlesien.

Waldenburg, 26. April. Ein außerordentlicher Bezirkstag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich für Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront in Oberschlesien ausspricht und zu den politischen Grundsätzen des Erfurter Programms bekennt. Jedes taktische Kampfmittel müsse benutzt werden, durch das eine Machtstärkung des Proletariats auf dem Wege zur Erreichung des Sozialismus erzielt werde. Einer reaktionären Minderheitsdiktatur müsse die stärkste proletarische Machtäußerung entgegengesetzt werden. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die Vertretung sozialistischer Grundsätze bedeuteten, seien zu verwerfen. Der Parteitag protestiert außerdem gegen das Wahlverbot der interalliierten Kommission und spricht sich dafür aus, daß die oberschlesische Sozialdemokratie nach wie vor allen Autonomiebestrebungen ablehnend gegenübersteht.

Aus San Remo.

Paris, 25. April. Nach dem „Petit Journal" soll das deutsche Verlangen, die Armee auf 200000 Mann heraufzusetzen, abgelehnt werden. Sauerwein sagt im „Matin", die Stärke des Heeres bleibe 100000 Mann, aber die Polizeikräfte könnten vermehrt werden. — „Echo de Paris" berichtet aus San Remo, Ministerpräsident Millerand habe als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigung allmählich steigende Jahreszahlungen für 30 Jahre empfohlen. Keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als 3 Milliarden sein.

San Remo, 24. April. Lloyd George gab bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechungen mit Millerand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werde, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung durchgeführt werden sollen und daß der Gedanke einer Besetzung des rechten Rheinufers und des Ruhrgebiets durch Frankreich verworfen wird. Die Konferenz hat im Prinzip beschlossen, im nächsten Monat deutsche Delegierte nach Belgien zu einer Zusammenkunft mit Vertretern der Alliierten einzuladen, um über die Anwendung der Wiedergutmachungsbestimmungen zu beraten.

San Remo, 24. April. Die Konferenz beschloß, in den türkischen Friedensvertrag eine Erklärung Balfours einzufügen, die bestimmt, daß Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden werden soll, die dieselben Rechte wie die Araber und die Juden in anderen Ländern erhalten müssen.

San Remo, 25. April. Der Oberste Rat hielt heute zwei Sitzungen ab. Nach einer weiteren Sitzung am Montag wird die Konferenz vertagt werden. Ministerpräsident Millerand wird Mittwoch vormittag in Paris zurückerwartet.

Paris, 24. April. Der italienische Ministerpräsident Nitti hat Vertretern der französischen Presse erklärt, man müsse sofort und überall den Frieden herstellen, sonst gehe man der größten Katastrophe entgegen. Er begreife die Gefühle Frankreichs, aber Italien helfe Oesterreich, damit es nicht Hunger sterbe. Aehnlich müsse man gegenüber Deutschland verfahren. Ihm müsse man die Möglichkeit geben, zu arbeiten und zu leben, und dadurch auch die Mittel, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn man sage, Frankreich zweifle an den pazifistischen Gefühlen Deutschlands, so teile er diese Besorgnis, und deshalb sei er mit Frankreich einig über die Notwendigkeit der deutschen Entwaffnung.

Urteil Lord Robert Cecils über den Obersten Rat.

Haag, 25. April. Nieuwe Courant meldet aus London, Lord Robert Cecil habe in einer Rede vor der Völkerbundsvereinigung gesagt: Der Friedensvertrag darf nicht zu einem Fetzen Papier werden. Auf der anderen Seite geht es aber auch nicht, Unmögliches zu verlangen. Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kriegsatmosphäre heraus. Ich hoffe, daß man mich nicht des Hochverrates oder der Gotteslästerung anklagt, wenn ich sage, daß der Oberste Rat mir keine größere Freude bereiten könnte, als wenn er seine Sitzungen so schnell wie möglich aufhöbe.

Zum Schluß die Türkei.

Paris, 25. April. Die alliierten Regierungen haben die Pforte davon verständigt, daß die türkische Delegation sich am 10. Mai in Paris einfinden soll. Laut „Chicago Tribune" soll der Türkei ein Heer von 25000 Mann belassen werden. In Konstantinopel dürfe sie nur eine Kompagnie als Ehrenwache des Sultans unterhalten. Konstantinopel solle eine Polizeitruppe unterhalten, die einer internationalen Kommission unterstehe, deren Vorsitzenden abwechselnd Frankreich, England und Italien stellen sollen.

Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus San Remo soll der Vertreter der Türkei, Chalib Kismali Bei, erklärt haben, die Türkei werde diesen Vertrag niemals unterzeichnen.

Gemeinde Biefelsberg.

Stammholz-Verkauf

am 1. Mai 1920

aus den Gemeindewaldungen

595 Forchen u. 336 Tannen mit insgesamt 471,32 Fm.

Langholz II. Kl. 14,68, III. Kl. 104,89, IV. Kl. 187,99, V. Kl. 119,88, VI. Kl. 20.45 Fm.

Sägholz 1. Kl. 1,26, 2. Kl. 9,15, 3. Kl. 13,02 Fm.

Die verschlossenen vom Bieter unterzeichneten Angebote in Prozenten der Forstamtlichen Taxpreise von 1920 wollen bis **1. Mai mittags 2 Uhr** beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Auszüge auf Bestellung durch Förster Reutter.

Schultheißenamt.

Württbg. Waldbesitzerverband.

Nadelstammholz-Verkäufe

am 30. April 1920.

I. Aus den Waldungen der Gemeinde **Gräfenhausen.**

2238 Tannen und Fichten mit insges. 2020,43 Fm. in 7 Losen.

	I	II	III	IV	V	VI
Langholz:	133,45,	495,31,	561,11,	229,99,	55,78,	2,30 Fm.
Sägholz:	86,07,	241,38,	143,30 Fm.			

Abfuhr sehr günstig.

II. Aus den Waldungen der Gemeinde **Calmbach.**

275 Tannen u. 195 Forchen mit insges. 611,98 Fm. in 16 Losen.

	I	II	III	IV	V
Langholz:	141,34,	231,11,	128,56,	36,91,	48,71 Fm.
Säg- Holz	7,13,	16,78,	1,44 Fm.		

Günstige Abfuhr.

Als Bedingungen gelten die staatlichen Holzverkaufsbedingungen. Angebote in Prozenten der Forstpreise 1920 **bis 30. April, spätestens 11 Uhr vorm.,** an die Geschäftsstelle des Württ. Waldbesitzerverbands, Stuttgart, Neckarstraße 40, Fernruf 10482.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Oberamt Neuenbürg.

Häutemehrerlös.

I. Vom 19. April bis 16. Mai 1920 einschließlich bis auf Weiteres beträgt der Häutezuschlag für den Zentner Lebendgewicht:

für Rinder, ausgenommen Kälber . . . . . 142 ℳ.
„ Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Fellen . . . . . 233 ℳ.
„ Schafe mit Blößen . . . . . 201 ℳ.
„ Pferde einschließlich Fohlen, Eseln, Maultiere und Maulesel . . . . . 92 ℳ.

Diese Beträge werden den Tierhaltern in voller Höhe gewährt. Bei Kälbern erhält der Tierhalter keinen Häutezuschlag, sondern die Haut selbst bezw. den Erlös aus der Haut entsprechend den Auktionspreisen.

II. Die Höchstpreise für Nutz- und Zuchtrindvieh von 130 ℳ für 50 Kg. Lebendgewicht werden für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:

bei Großvieh 130 ℳ + 142 ℳ = 272 ℳ,
bei Kälbern 130 ℳ + 284 ℳ = 414 ℳ.

Der Stückzuschlag für Zuchtfarren, hochträchtige Rinder und Kühe mit mindestens 8 Liter täglichem Milchertrag zur Zeit der Veräußerung beträgt nach wie vor höchstens 400 ℳ, für gewöhnte Zugochsen und Zugstiere höchstens 200 ℳ.

Den 22. April 1920. Bullinger.

In **Loßburg** O.-A. Freudenstadt ist die

Maul- und Klauenseuche ausgebrochen,

in **Pforzheim** ist sie **erloschen.**

Neuenbürg, 24. April 1920. **Oberamt.**

Polizeistunde.

Durch Verfügung des Arbeitsministeriums vom 20. 4. 20 (St.-A. Nr. 93) ist die **Polizeistunde** vom 24. 4. 20 ab für sämtliche Gemeinden des Landes auf **11 Uhr abends** festgesetzt worden.

Verlängerung, jedoch nicht über 12 Uhr hinaus, kann vom **Oberamt** unter Ansatz einer **Sportel** gemäß Tar. Nr. 11 gewährt werden.

Neuenbürg, 23. April 1920. **Oberamt:** Rilling, Reg.-Ass.

Hofstett.

Nadelstammholz-Verkauf.

Die hiesige Teilgemeinde bringt am

Donnerstag, den 29. d. Mts., mittags 1 Uhr,

in der „Krone" in **Hofstett**

ca. 90 Fm. Forchen 2.—6. Klasse,
ca. 120 Fm. Tannen 2.—6. Klasse

zum Verkauf.

Liebhaber sind eingeladen.
Abfuhr günstig.

Gemeinderat.

Wildbad.

Für Brautleute!

5 **kompl. Schlafzimmer-Einrichtungen enthaltend, Betten, Diwan, Tische, Vorhänge mit Galerien, Bodenteppiche, Bettvorlagen sowie versch. Einzelstücke, Kommode und Kästen. Alles in tadellosem Zustand.**

Verkauf: Mittwoch, 28. d. M., von 9½ Uhr an.

Villa Bauer.

Bedeutende Tabakfirma sucht zum Vertrieb eines vorzüglichen rein überseeischen

Rauchtabaks Vertreter

an allen Plätzen.

Nur bestempfohlene, repräsentable Herrn, die bei der **einschlägigen Kundschaft** bekannt und eingeführt sind, wollen Offerte einreichen an

A. Lindauer, Zigarren en gros,
Stuttgart, Danneckerstr. 25.

Echter phosphorsaurer

Futterkalk

(Marke B) 10 Pfd. zu ℳ 10.—, 50 Pfd. zu ℳ 45.—, **Milchpulver** für Kühe 10 Pfd. zu ℳ 20.—, **Eierlegpulver** „Glück-Glück" 5 Pakete ℳ 10.—.

Versandgeschäft „Schwarzwald",
Freudenstadt.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Im Lebensmittelamt Fernsprechanschluß Nr. 140, per sofort werden gesucht:

Zimmermädchen,
Hausmädchen.

Stellen suchen:

Mechaniker, Kaufleute, Kellner, Köche, Schneider, Gärtner.

Um die rasche Unterbringung der Arbeitslosen zu fördern, werden sämtliche Arbeitgeber dringend ersucht, ihre offenen oder frei werdenden Posten unmittelbar dem Arbeitsamt mitzuteilen.

Herrenalb.

Mädchen,

die im Kleben von Flach- u. Bodenbeuteln geübt sind, werden bei ℳ 10 Taglohn eingestellt bei

Gebr. Mayer.
Papierwarenfabrik.

Ordentliches

Mädchen,

mit (Kochkentnissen) für drei Personen gesucht. Sommeraufenthalt Herrenalb, Winteraufenthalt in der Stadt.

Apotheker Landshut,
Herrenalb, Waldhorn.

Gesucht per sofort ein in Küche und Haushalt erfahrenes, tüchtiges, sauberes

Mädchen.

Lohn 80 bis 100 Mk pro Monat.

Kurt Blankenhorn,
Niederweiler bei Müllheim (Baden).

Heirats-Gesuch.

Herr, 25 Jahr alt, evgl., wünscht Verhältnis mit einem anständigen Fräulein mit etwas Vermögen, womöglich auch vom Lande, welches Lust hat zur Landwirtschaft.

Angebote an die Enztälergeschäftsstelle.

Etwa 40 Ztr. gutes

Ackerheu,

sowie einen Eimer guten

Most

sucht zu kaufen.

Wer? sagt die Enztälergeschäftsstelle.

Ich suche sofort zu kaufen für vorgemerkte Käufer,

Villen,
Fabriken
Geschäftsj. Art.
Sägewerke,
Güter.

M. Busom, Liegensch.-Büro **Karlsruhe,** Herrenstraße 38.

Säcke, einmal gebr. amerik. Mehlsäcke, garantiert lochfrei, **per Stück Mk. 16,** In. **neue Jute-Säcke,** 2½ Ztr. fass., **per Stck. Mk. 30,** versendet unter Nachn. **H. König, Essingen** b. Aalen.

Obstbau-Verein

Ortsgruppe Neuenbürg.

Dienstag Abend 5 Uhr

Kunstdünger-Abgabe

bei Schumacher.

Scheerer.

Neuenbürg.

Wir suchen zu möglichst baldigem Eintritt verheiratete, tüchtige

Mechaniker

bei hohem Lohn, ferner einen jüngeren

Schlosser,

der schmieden kann.

Beller & Fischer.

Neuenbürg.

Nach Neuenbürg gesundes

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit gesucht.

Wo? sagt die Enztälergeschäftsstelle.

Prima Existenz für Herrn oder Dame!

Den

Allein-Verkauf

unserer gesetzl. gesch. sehr gut eingeführten

Wohlmuth-Apparate

haben wir für die Plätze **Wildbad, Neuenbürg, Herrenalb und Herrenberg** zu vergeben.

Offerten erbeten.

G. Wohlmuth & Co.,
Konstanz,
Kreuzlingerstraße 47a,
Telefon 1011.

Zu kaufen gesucht:

1 gutarbeitende

Nähmaschine

mit Stopfvorrichtung.

Angebote an

Sanatorium Schömberg, G. m. b. H.
in **Schömberg** bei **Wildbad** (Württ.).

Gräfenhausen.

Einen gebrauchten

Metzger-Wagen

hat zu verkaufen

Friedrich Ahr.

Obernhausbach.

Schöne reife

Milchschweine

hat zu verkaufen

Friedrike Ott, Witwe.

Schwann.

Zwei Paar

Milchschweine

hat zu verkaufen

Ernst Pfrommer.

Engelsbrand.

Eine

Ziege

mit Jungen hat zu verkaufen

Otto Stickel.

Zimmerleute

werden gesucht.

Friedrich Morlock, Zimmergeschäft,
Pforzheim, Bayernstr. 3.

Geistliche Gesangs-Aufführung

Sonntag, den 2. Mai, nachmittags 3 Uhr,
im Ankersaal zu Neuenbürg,
Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr,
im Kronensaal zu Calmbach,

ausgeführt von Fräulein **Else Rücker,** Sopran, aus Karlsruhe, dem **Gemischten-, Töchter- und Musikchor der Methodistengemeinde,** Bezirk Neuenbürg.

Das **Programm** (mit vollständigem Liedertext) kostet **eine Mark** und berechtigt zum **Eintritt.**

Kinder ohne Aufsicht Erwachsener können nicht zugelassen werden.

Neuenbürg.

Tüchtige

Aushauerinnen und Hilfsarbeiterinnen

werden sofort angenommen.

J. Müller & Cie.

Neuenbürg.

Zimmer

von alleinstehendem Herrn auf 1. Mai

zu mieten gesucht.

Näheres in der Enztälergeschäftsstelle.

Habe von **Dienstag früh** an, wieder

eine große Partie prima

Läuferschweine,

40—50 Pfd. schwer, zu den billigsten Tagespreisen zu verkaufen, bei

Vogt in Neuenbürg am Hirsch,

wozu ich Kaufliebhaber freundlichst einlade.

G. Vaser, Schweinehändler, Tuttlingen.

Schön gelegenes

Land- oder Bauerngut

möglichst mit etwas Wald im nördlichen Schwarzwald oder Nähe

zu kaufen gesucht.

Offerten mit genauer Beschreibung und Preisangabe, wenn möglich mit Photographie der Gebäulichkeiten unter **S. E. 4085** an **Ann. Ex. R. Mosse, Stuttgart.**

Nur gute Ware:

Melassefutter, Dörrgemüse, Futtermehl, Stroh 2c.

zu billigsten Tagespreisen.

Wilh. Fr. Pfeiffer, Karlsruhe i. B.
Augartenstr. 75. Tel. 5544.

Drahtgeflechte und Siebe

für alle Zwecke empfiehlt

Gg. Wackenhut, Maschinenwerkstätte,
Calw —— Tel. 142.

Last-Auto-Fracht

Wildbad—Neuenbürg—Pforzheim—Heilbronn

Anfang Mai gesucht von

Ludwig Kämpf, Heilbronn a. N.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw